

Hinweis (Art. 13 u. Art. 14 DSGVO)

Entsprechend der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) besitzt die betroffene Person, deren personenbezogenen Daten von einem verantwortlichen Verarbeiter der Daten verarbeitet werden, das Recht auf Informationen über die entsprechenden Verarbeitungstätigkeiten.

Die EU-RO Handelsges.m.b.H. informiert konform der DSGVO wie folgt:

Verantwortlich	EU-RO Handelsges.m.b.H.
Adresse	Carl-Ganahl-Platz 1, A-6820 Frastanz
Geschäftsleitung vertreten durch	Andreas Urbanek
Datenschutzbeauftragter/-koordinator	Robert Koo

Im nachfolgenden Verzeichnis werden alle Verarbeitungstätigkeiten mit den relevanten Informationsdetails aufgelistet, die das Unternehmen in Zusammenhang mit personenbezogener Daten betroffener Personen automatisiert durchführt.

Im Rahmen der von der DSGVO festgelegten Informationspflicht weisen wir explizit auf die Rechte der von der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten betroffenen Personen wie folgt hin:

Auskunftsrecht:

Im Art. 15 der DSGVO ist festgelegt, dass eine betroffene Person das Recht besitzt, vom Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden. Ist dies der Fall, so hat die betroffene Person ein Recht auf Auskunft über Art und Inhalt der Verarbeitung der personenbezogenen Daten.

Recht auf Berichtigung:

Im Art. 16 sieht die DSGVO für die betroffene Person das Recht vor, vom Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung betreffender unrichtiger personenbezogener Daten zu verlangen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung hat die betroffene Person das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten – auch mittels einer ergänzenden Erklärung – zu verlangen.

Recht auf Löschung:

Im Art. 17 DSGVO wird der betroffenen Person das Recht gegeben, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass die betreffenden personenbezogenen Daten unverzüglich gelöscht werden. Der Verantwortliche ist verpflichtet, personenbezogene Daten unverzüglich zu löschen, sofern keine rechtmäßigen Gründe dagegensprechen.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung:

Im Art. 18 DSGVO wird der betroffenen Person das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung gegeben. Sie hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, die Verarbeitung seiner Daten einzuschränken, sofern keine rechtmäßigen Gründe dagegensprechen.

Recht auf Datenübertragbarkeit:

Im Art. 20 DSGVO wird der betroffenen Person das Recht auf Datenübertragbarkeit eingeräumt. Die Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die betreffenden personenbezogenen Daten, die dem Verantwortlichen bereitgestellt wurden, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu verlangen. Die betroffene Person hat auch das Recht, diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Verantwortlichen, dem die personenbezogenen Daten bereitgestellt wurden, zu übermitteln, sofern keine rechtmäßigen Gründe dagegensprechen.

Widerruf der Einwilligung:

Im Art. 7 DSGVO wird der betroffenen Person das Recht auf Widerruf der Einwilligung eingeräumt, sofern diese gegeben wurde und die Verarbeitung nicht aus anderen von Rechts wegen festgelegten Grundlagen erfolgt.

Recht auf Widerspruch:

Im Art. 21 DSGVO wird der betroffenen Person das Recht auf Widerspruch eingeräumt, sofern die Verarbeitung nicht für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, nicht im öffentlichen Interesse liegt und nicht in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde und nicht zur Wahrung der berechtigten Interessen des Verantwortlichen oder eines Dritten erforderlich ist, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen, insbesondere dann, wenn es sich bei der betroffenen Person um ein Kind handelt.

Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde:

Entsprechend der Hinweispflicht im Rahmen der DSGVO wird darauf hingewiesen, dass die betroffene Person, deren Daten von einer verantwortlichen Stelle verarbeitet werden, ein Beschwerderecht bei der zuständigen Datenschutzbehörde besitzt.

Bestehen automatisierter Entscheidungsfindung (z.B. Profiling):

Im Art. 22 DSGVO wird einer betroffenen Person das Recht eingeräumt, keiner Entscheidung – was eine Maßnahme einschließen kann – zur Bewertung von betreffenden persönlichen Aspekten unterworfen zu werden, die ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung beruht und die rechtliche Wirkung für die betroffene Person entfaltet oder sie in ähnlicher Weise erheblich beeinträchtigt.

Eingeschränkte Liste von Verarbeitungstätigkeiten

Gemäß Art. 13 bzw. 14 DSGVO werden folgende Angaben zu verwendeten Verarbeitungen in der Eingeschränkten Liste von Verarbeitungstätigkeiten (Informationspflicht des Verantwortlichen) zur Verfügung gestellt.

EU-RO Ehemalige Mitarbeiter

Unter Berücksichtigung des Schutzes von Rechten Dritter beauskunften wir folgende Daten zu Ihrer Person. Wir führen für die Rolle, der Sie betreffende Betroffenengruppe, folgende Verarbeitungstätigkeiten durch:

EU-RO Mitarbeitergespräche

Zweck der Verarbeitung Beurteilung der Zufriedenheit des Mitarbeiters bzw. des Vorgesetzten, Erfolgs- und Zieldefinition

Profiling

Profiling Logik

Empfänger intern

Kategorien personenbezogener Daten

EU-RO Mitarbeitergespräche

Beschreibung Datenfelder:
Name, Bereich, Personalnummer

Speicherdauer bis zum Ende des Beschäftigungsverhältnisses + 7 Jahre

Herkunft der Daten Betroffene Mitarbeiter und Vorgesetzte haben ihre Daten selbst bekannt gegeben

Art 9 / Art 10



CRISAM® - Corporate Risk Application Method

Impressum:

calpana business consulting gmbh
A-4020 Linz, Blumauerstraße 43

Tel: +43 (732) 601216 0

Fax: +43 (732) 601216 209

E Mail: office@calpana.com

Web: www.crisam.net